

Corona und kein Ende.

Wir müssen auch weiter schauen, welche besonders betroffenen Gruppen ergänzende zielgerichtete Hilfen von der Stadt brauchen – Kulturschaffende, Einzelhandel, Gastronomie.

Und Corona wirbelt auch unsere Stadtfinanzen durcheinander.

Wir sind gezwungen

- zu Sparsamkeit bei den Ausgaben,
- zur Erhöhung von Steuern und Gebühren und
- zu riesiger Neuverschuldung.

All das ist eine Zumutung für die Bürger*innen – aber welche Alternative bleibt bei zig Mio. € Finanzierungslücke gegenüber dem Jahr 2019?

Mittelfristig stehen wir vor riesigen Problemen bei der Finanzierung unserer laufenden Ausgaben und Investitionen. Die Schlüssel zu den Lösungen sind Aufgabenkritik und interkommunale Zusammenarbeit, Pflege der Gewerbesteuerbasis und effiziente Ausnutzung der verbleibenden Gewerbeflächen. Und Investitionen sind unerlässlich, da sie zwar heute hohe Ausgaben bedeuten, aber um so mehr Entwicklungspotenzial für die Zukunft unserer Stadt.

Klimawandel macht keine Pause; Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase dulden keinen Aufschub.

Corona darf kein Vorwand sein, um den kommunalen Klimaschutz zu vernachlässigen. Die Frage, ob wir uns Klimaschutz in Zeiten von Corona noch leisten können, ist schon im Ansatz falsch. Im Unterschied zu Corona wird sich der Klimawandel nicht wegimpfen lassen.

Was haben wir gestern aus dem Weltkatastrophenbericht erfahren: Drei Viertel der Naturkatastrophen hängen mit dem Klima zusammen, sind also wohl menschengemacht. Der Klimawandel ist nicht nur Zukunftsgefahr, sondern er ist bereits da. Er macht viele Menschen krank. Und er trifft die ärmsten Menschen in den ärmsten Ländern. Ja, Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Eine Frage der Generationen-übergreifenden globalen Gerechtigkeit.

Die jungen Menschen, denen wir Umwelt und Klima nicht kaputt hinterlassen dürfen, die drängen zu Recht. Klimaschutz jetzt – auf allen Ebenen – das sagen nicht nur wir Grünen, das sagt auch die Umweltwissenschaft und die Urbanistik, also die Städtewissenschaft. Ja, Klimaschutz ist Daseinsvorsorge. Und das ist auch ein lohnender technologischer Ansatz für die Digitalisierung, denn die Digitalisierung ist kein Selbstzweck.

Wir in Ludwigsburg haben ein Integriertes Klimaschutz- und Energiekonzept, aber wir haben keinen Zeitplan, keinen Fahrplan, keine terminliche Umsetzungsvereinbarung, keine IKEK-Finanzierungsplanung. Das wollen wir ändern.

Tragen denn die Haushalte der nächsten vier Jahre denn dem Klimaschutz Rechnung, wie vom OB bei der Haushaltseinbringung vorgetragen? Danke an die Stadtverwaltung für die Aufgliederung der Hoch- und Tiefbauprojekte, die Sie geleistet haben. Das verlangt eine detaillierte Analyse und Beurteilung.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weiter gehen, den städtischen Klimaschutz im Haushalt besser abzubilden und aus dem Haushalt besser heraus zu lesen. Wir nehmen Sie, Herr Oberbürgermeister, auch beim Wort, dass angestrebt wird, künftig bei allen Entscheidungen in den schriftlichen Vorlagen die Klima-Auswirkungen darzustellen.

Stichwort Baumpflanzungen: Eine ärgerliche Panne des Nachtragshaushalts 2020 war, dass Ergänzungspflanzungen und Lückenschlüsse ausgesetzt wurden. Daran dürfen wir doch nicht sparen! Für den Klimaschutz brauchen wir deutlich mehr Bäume in der Stadt! Und der Klimastress und Regenmangel lässt derzeit so viele Stadtbäume absterben, dass wir mit höchster Priorität klimaangepasste Stadtbäume nachpflanzen und neupflanzen müssen.

Mit unseren beiden Anträgen „Klimapositive Bauinvestitionen“ und „Städtische Solardachrendite“ - da geben wir einen weiteren Anstoß für mehr städtischen Klimaschutz. Wo wir als Stadt schon gut sind, können wir noch besser werden: Wenn wir für die Gesamtstadt die Klimaneutralität – wenig ambitioniert – bis 2050 anstreben, da sollten wir im eigenen Zuständigkeitsbereich Vorbild der Machbarkeit sein - beim Betrieb, bei der Sanierung und beim Neubau von städtischen Gebäuden - und schon bis 2030 Klimaneutralität herstellen.

Und Solardächer sind für die Stadt eine rentierliche Investition. Auf mittlere Frist lassen sich so durch Eigenstromnutzung erhebliche Energiekosten einsparen. Aber auch erhebliche Mehreinnahmen erzielen, indem städtische Gebäudeflächen verpachtet werden an Dritte zur Stromerzeugung.

Und meine DuH, wir brauchen dringend ergänzend ein konsistentes städtisches Mobilitätskonzept. Dazu gehört der Einstieg in Planung und Realisierung einer zweiten Bahnstufunterführung – nie waren die Förderquoten so hoch wie jetzt -, da findet noch abschließende Koordinierung für einen interfraktionellen Antrag statt.

Und zum Mobilitätskonzept gehört der Anstoß, den wir mit unserem Antrag geben, der Anstoß, das Bewohnerparken mit einem fairen Preis zu versehen. Das ist wesentlicher Teil von Parkraumbewirtschaftung: Knappe öffentliche Flächen können nicht zur Privatnutzung praktisch verschenkt werden; wir sind für Ordnungspolitik statt für Begünstigung des Autos im Stadtverkehr.

Stichwort Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Wir bitten die Sport- und Kulturvereine um Verständnis, dass wir ihnen in der Finanznot 10-prozentige Kürzungen zumuten. Und wir begrüßen den JGR-Antrag, das Projekt Connect für junge erwachsene Geflüchtete fortzusetzen.

Um unsere laufenden Ausgaben und Einnahmen wieder in Einklang zu bringen, kommen wir auch um Steuer- und Gebührenerhöhungen nicht herum. Da wird derzeit gerne die Devise ausgegeben: Wir müssen alle belasten. Aber doch bitte nicht alle – schwache und starke – mit dem gleichen Betrag!

Von den Fachleuten hören Sie: Armutgefährdung in Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren erhöht. Corona verschärft die Ungleichheit und lässt die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gehen. Menschen mit geringerem Einkommen sind eher von Kurzarbeit und damit sinkenden Real-löhnen betroffen. Wenn Schule oder Kindergarten nicht stattfinden oder nur als Home Schooling, dann zementieren sich wieder die alten Rollenbilder, denn es sind überwiegend die Frauen, die dann bei den Kindern zu Hause bleiben.

Also: Jetzt, wo wir das öffentliche Leben wegen Corona schließen, tun wir das gerade, um Schule und KiTa offen zu halten – wir merken: KiTas und Schulen sind so wichtig, weil sie Familie ermöglichen, weil sie Ausdruck einer Politik für Kinder und Jugendliche sind. Kinder und Jugendliche sind ein besonderer Aktivposten in der Bilanz dieser Stadt – sie sind das Ludwigsburg von morgen.

Das sollte doch uns, uns alle Fraktionen im Gemeinderat, stolz darauf machen, dass wir in Ludwigsburg hohe und immer höhere städtische Ausgaben für Bildung und Betreuung leisten. Wir sind stolz darauf, dass das BZW jetzt in die Finanzierungsjahre kommt, dass wir erhebliche Beträge in die Finanzplanung bis 2024 aufnehmen. Dazu gibt es jetzt ganz großen Konsens im Gemeinderat.

Unser Abgabensystem ist nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip gestrickt: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache Schultern, wer wirtschaftlich stärker ist, soll proportional bis überproportional höher belastet werden. Wer kann mir da erklären, dass Kita-Eltern kurz nach der letzten Erhöhung bei den Beiträgen um weitere 9 bis 10 Prozent stärker belastet werden sollen - so der jüngste Verwaltungsvorschlag, dass aber erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen bei der Gewerbesteuer nur um 2,6 Prozent stärker belastet werden sollen?

Die Kita-Beiträge wurden in den letzten Jahren regelmäßig erhöht; da gibt es keinen Aufholbedarf, da gibt es keine übermäßige Begünstigung der Vergangenheit, die jetzt kompensiert werden müsste. Seit Jahresanfang 2017 wurden die KiTa-Beiträge von diesem Gemeinderat um insgesamt 15,9 % erhöht, die Gewerbesteuerbelastung aber nur um 2,7 %.

Also, da sagen wir Grünen, das hat doch eine soziale Unwucht, da kann man doch die erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen jetzt noch ein kleines Stückchen stärker in die Pflicht nehmen und die Elternschaft zwar noch stärker belasten als bisher aber doch nicht extrem stärker.

Warum überhaupt noch einmal Gebührenerhöhungen für KiTa-Eltern? Wir Grüne haben dagegen gestimmt, die Beiträge zum September dieses Jahres 2020 zu erhöhen. In unserem Kommunalwahlprogramm steht: „Bei der Höhe der KiTaGebühren sehen wir in Ludwigsburg die Grenze erreicht.“ Sowieso sollte frühkindliche Bildung eigentlich komplett steuerfinanziert sein. Aber Corona stand nicht in unserem Wahlprogramm. Auf zig Millionen Euro Einnahmenausfall durch die Corona-Krise müssen wir reagieren. Da müssen wir auch die Elternbeiträge solidarisch und zumutbar erhöhen.

Die Frage ist, welcher Gruppe der Elternschaft diese Mehrbelastung aus Kita-Gebühren zumutbar ist. Wir meinen, die Hälfte der Elternschaft mit den niedrigeren Haushaltseinkommen muss diesmal verschont bleiben. Und für die übrigen Eltern dürfen die Erhöhungen nicht zu massiv sein – die Zielmarke 500.000 € im Jahr an zusätzlichem Beitragsaufkommen ist wohl deutlich zu hoch gegriffen.

Der halbe Betrag, 250.000 €, bezogen auf ein Gesamtjahr, erscheint uns da eher angemessen. Eine erhebliche strukturelle Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrads der KiTas. Aber nicht schon vier Monate nach der letzten Erhöhung mit einem jetzt übers Knie gebrochenen Modell! Also: wenn wir im nächsten

Jahr 2021 zum 1. September die Gebühren erhöhen, dann kann das für den Haushalt 2021 nur ein Drittel dieses Betrages erbringen, also 83.000 €.

Daher liegen von uns einige Anträge vor, wie wir die Differenz zu den 500.000 € des Verwaltungsvorschlags decken: Ein Hebesatzpunkt mehr bei der Gewerbesteuer, ein realistischer Ansatz bei den Verwarnungs- und Bußgeldern und eine Effizienzrendite aus mehr interkommunaler Zusammenarbeit.

In knapp zwei Wochen soll über das Paket Steuern und Kita-Gebühren entschieden werden. Wir legen heute Modellansätze vor, wie wir von der finanzstärkeren Hälfte der Elternschaft 250.000 € pro Jahr erzielen könnten – mit Gebührenstufen, sogenanntes Heilbronner Modell (U3), oder mit einem einheitlichen Prozentsatz am Einkommen. So eine Beitragsordnung detailliert zu entwickeln, das geht nur mit einer Task Force aus Verwaltung, Gemeinderat und den Gesamtelternbeiräten aller Kitas in Ludwigsburg. Auf geht's! Das müssten wir doch in der ersten Jahreshälfte 2021 hinbekommen.

Aber wie sieht jetzt das aktuelle Verwaltungsmodell aus, Herr Seigfried? Die Modellrechnungen, die Sie vor wenigen Tagen öffentlich gemacht haben, sind vom Tisch. Gut ist, dass Sie jetzt Eltern, die weniger als 35.000 € im Jahr verdienen, von den Gebührenerhöhungen freistellen wollen. Da sind wir bei Ihnen.

Aber Sie überfordern die übrigen Eltern, wenn Sie ihnen pro Jahr linear 9,1 Prozent höhere Gebühren abverlangen, also eine volle zusätzliche Monatsgebühr pro Jahr.

Ungünstig ist auch der sprunghafte Belastungsanstieg bei 35.000 € Jahreseinkommen. Und schlecht ist auch, dass weiterhin den Eltern mit 35.001 Euro der gleiche Gebührenbetrag abverlangt wird wie denen, die weitaus mehr verdienen. Dieser gleiche Betrag belastet umso mehr, je weniger man über 35.000 € hinaus verdient. Viel gerechter wäre es, wenn alle über 35.000 € den gleichen Prozentsatz vom Jahreseinkommen zahlen würden. Lassen Sie uns die anstehende Reform des Gebühren-Regelwerks für so eine Gerechtigkeitskomponente nutzen.

Und lassen Sie uns die Zeit bis Anfang Dezember nutzen, mit Öffentlichkeit und Elternschaft ins Gespräch zu kommen, wieviel wir der Elternschaft in 2021 und den Folgejahren finanziell mehr zumuten können und müssen.

Dank an Herrn Kistler, seine Kämmerei und die Fachbereiche für die Beantwortung unserer Informationsfragen zum Entwurf.